

Informationen gemäß den Artikeln 13 und 14 DSGVO

Bei der Bearbeitung des Insolvenzverfahrens erheben und verarbeiten wir personenbezogene Daten.
In diesem Zusammenhang erhalten Sie als betroffene Person folgende Informationen und Hinweise:

Begrifflichkeiten der DSGVO kurz erklärt:

Diese Datenschutzerklärung verwendet Begriffe, die beim Erlass der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) festgelegt wurden.
Damit diese Datenschutzerklärung einfach lesbar und verständlich ist, erklären wir Ihnen vorab die verwendeten Begrifflichkeiten:

„Personenbezogene Daten“

Personenbezogene Daten sind alle Daten und Informationen einer identifizierten oder identifizierbaren natürlichen Person (Betroffener).

„Betroffene“

Betroffene sind Personen, deren personenbezogene Daten durch den Verantwortlichen verarbeitet werden.

„Verarbeitung“

Verarbeitung ist jeder Vorgang/jede Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, das Organisieren, das Ordnen, das Speichern, das Anpassen oder Verändern, das Auslesen, das Abfragen, das Verwenden, das Offenlegen durch Übermittlung, Verbreiten oder jede andere Form des Bereitstellen, der Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung.

„Einschränkung der Verarbeitung“

Einschränkung der Verarbeitung ist die Markierung gespeicherter personenbezogener Daten mit dem Ziel, ihre künftige Verarbeitung einzuschränken.

„Verantwortlicher“

Verantwortlicher oder für die Verarbeitung Verantwortlicher ist das Unternehmen oder die Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten entscheidet.

„Auftragsverarbeiter“

Auftragsverarbeiter ist ein Unternehmen oder eine Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet.

„Empfänger“

Empfänger ist ein Unternehmen, eine Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, der personenbezogene Daten durch Übermittlung offengelegt wurden. Behörden, die im Rahmen eines Untersuchungsauftrags möglicherweise personenbezogene Daten erhalten, gelten jedoch nicht als Empfänger.

„Dritter“

Dritter ist ein Unternehmen, eine Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle außer dem Betroffenen, dem Verantwortlichen, dem Auftragsverarbeiter und die unter der unmittelbaren Verantwortung des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters unterstehen und befugt sind, die personenbezogenen Daten zu verarbeiten.

„Einwilligung“

Einwilligung ist jede von der betroffenen Person freiwillig für einen bestimmten Fall in informierter und unmissverständlicher Weise abgegebene Erklärung oder sonstige eindeutige bestätigende Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einverstanden ist.

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen und ggf. seines Vertreters:

Insolvenzverwalter Rechtsanwalt Lars Bjarne Buwitt, Ulzburger Straße 115, 22850 Norderstedt

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten: Martin Braunschweiger, Ochsenzoller Straße 133, 22848 Norderstedt

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Die Datenverarbeitung erfolgt zum Zwecke der ordnungsgemäßen Abwicklung des Insolvenzverfahrens, an dem Sie als Gläubiger/in oder als sonstige/r Beteiligte/r beteiligt sind. Rechtsgrundlage hierfür ist Artikel 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO, da dem Verantwortlichen die Bearbeitung des Insolvenzverfahrens gem. den Bestimmungen der Insolvenzordnung durch das Insolvenzgericht im öffentlichen Interesse übertragen worden ist.

Kategorien personenbezogener Daten, die erhoben werden:

Zur Erfüllung des o.g. Zwecks werden Name, Adress-, Kommunikations- und Bankdaten sowie gegebenenfalls die gegen den Schuldner bestehenden Forderungen nebst zugehöriger Dokumente sowie Begleit- und Folgekorrespondenz während des Insolvenzverfahrens verarbeitet.

Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Die erhobenen personenbezogenen Daten werden gemäß den Vorschriften der Insolvenzordnung beim Insolvenzgericht eingereicht und im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben gegebenenfalls anderen Verfahrensbeteiligten, insbesondere anderen Insolvenzgläubigern und dem Schuldner zugänglich gemacht. Es besteht keine Absicht des Verantwortlichen, die personenbezogenen Daten an einen Empfänger in einem Drittland oder einer internationalen Organisation zu übermitteln.

Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten:

Die personenbezogenen Daten der betroffenen Person werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen der Verantwortliche unterliegt (Beispiele hierfür sind § 50 BRAO mit einer sechsjährigen oder § 147 Abs. 3 AO, § 257 Abs. 1, 4 u. 5 HGB oder § 66 StBerG mit jeweils einer zehnjährigen Aufbewahrungspflicht), vorgesehen wurde. Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten für einen Vertragsabschluss oder eine Vertragserfüllung besteht. Der Gesetzgeber hat darüber hinaus vielfältige weitere zu beachtende Aufbewahrungspflichten und -fristen erlassen. Nach Ablauf dieser Fristen werden die entsprechenden Daten routinemäßig gelöscht. Sofern Daten hiervon nicht berührt sind, werden sie gelöscht, wenn ihre spezifischen Verarbeitungszwecke wegfallen (Art. 17 Abs. 1 lit. a, Abs. 3 lit. b, lit. e DSGVO).

Hinweise auf die Rechte des Betroffenen:

Die betroffene Person hat das Recht,

- von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.
- von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).
- von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).
- von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.
- aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender Personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).
- unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen.

In Schleswig-Holstein ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein, Holstenstraße 98,
24103 Kiel, Telefon: 04 31/988-1200, Telefax: 04 31/988-1223,
E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de

Sofern die hier verarbeiteten personenbezogenen Daten nicht von Ihnen direkt erhoben worden sind oder noch werden, sind sie den Insolvenzantragsunterlagen, den Akten des Insolvenzgerichts bzw. der Buchhaltung des Schuldners entnommen. Weitere Quelle können die mündlichen und schriftlichen Angaben und Auskünfte des Schuldners sein.

Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Artikel 22 Absätze 1 und 4 DSGVO findet im Rahmen unserer Datenverarbeitung nicht statt.